

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Herrenhauses. (18. Februar.)

11 Uhr. Am Ministerische Graf Ikenplig, Leonhardt, Camphausen, Graf Königsberg.

Der Präsident theilt mit, daß die königliche Botschaft vom 14. Februar d. J. dem Hause zugegangen sei; dieselbe unterliege selbstverständlich nicht der Beratung und Beschlußfassung; das Haus werde sich nur darüber zu entscheiden haben, ob es der Einladung der Botschaft folgen und zwei seiner Mitglieder in die niederzugesetzte Special-Untersuchungscommission deputiren wolle. Er schlägt zu diesem Zwecke Schlußberatung für eine der nächsten Sitzungen vor. Graf zur Lippe steht in dieser Ansicht des Präsidenten über die Bedeutung einer königl. Botschaft eine Einschränkung der Rechte des Herrenhauses; dasselbe habe sehr wohl die Befugnis, in der Debatte auch auf den materiellen Inhalt der Botschaft einzugehen. Der Präsident bestreitet das nicht, da ja selbstverständlich bei Beratung der von ihm näher präcisierten Frage ein Discussion des sachlichen Inhalts der Botschaft sich gar nicht werde umgehen lassen. Im Uebrigen habe sich kein Widerspruch gegen seinen Vorschlag erhoben und er ermahne nun Referenten für die Schlußberatung Herrn Hübner, zum Correspondenten Herrn v. Tettau.

Es folgt der Bericht der Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Jagdrechte auf fremden Grund und Boden in den vormals kurfürstlich besessenen und großherzoglich besessenen Landestheilen und in der Provinz Schleswig-Holstein. Die Commission beantragt, den § 2 — welcher nach der Fassung der Regierung den bisher Berechtigten Entschädigung aus der Staatskasse gewährt — dahin zu ändern, daß diese Entschädigung von dem Besitzer des bisher belegten Grundstücks zu leisten sei.

An der längeren Debatte über diesen Antrag machen die Befürworter desselben (Graf Brühl, Graf Schulenburg-Wechsungen, von Kleist-Rekow) geltend, daß es staatsmännisch nicht weise sei, auf Kosten althergebrachter Rechte Grundbesitz, Concessionen zu machen; wenn es auch schmerzhaft zu belagen sei, daß die Staatsregierung 1848 im Zustande der Kraftlosigkeit in den alten Provinzen das bezügliche Jagdrecht ohne Entschädigung aufgehoben habe, so sei es doch nicht geboten, auch jetzt noch in tiefstem Frieden und in voller Macht der Regierung aus dem einmal begangenen Rechtsbruch Konsequenzen zu ziehen. Die Gegner (Malmros, Baumhart und der Finanzminister) führen dagegen aus, daß es absolut notwendig sei, nach unähligen Bitten und Beschwerden einen Gegenstand der allgemeinen Unzufriedenheit in den betreffenden Gegenden zu beseitigen, den man gegenüber dem Abgeordnetenhaus auf anderem Wege abzustellen nicht hoffen dürfe, daß außerdem eine zwangsweise auferlegte Abkündigung allen Rechtsgrundlagen widerspreche, daß endlich durch den vorliegenden Entwurf in Bezug auf die Jagd ein Zustand der Gleichheit geschaffen werden solle, der notwendig sei, um baldigt an Stelle des jetzigen mangelhaften Jagdprivilegs ein besseres einführen zu können. Der Commissionsantrag wurde darauf abgelehnt und der Gesetzentwurf unverändert genehmigt.

Schließlich wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Wegegesetzgebung in Hannover in Schlußberatung unbeschadet, die drei Vorlagen, betreffend das Grundbuchwesen in dem Jagdgebiet, in den hohenzollernischen Landen und in dem Bezirk des Justizbezirks zu Ehrenbreitstein mit unbedingten, rein formellen Aenderungen angenommen.

Schluß 2 Uhr; nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Beratung über die geschäftliche Behandlung der kirchlichen Gesetze und kleinerer Gesetze).

45. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (18. Februar.)

11 Uhr. Am Ministerische Graf Noon mit mehreren Commissionsarien. Vom Finanzminister sind zwei Gesetzentwürfe an das Präsidium des Hauses gelangt: 1) ein anderweitiger Tarif zu dem Entwurf eines Gesetzes betr. die Wohnungsgeldzuschüsse für unmittelbare Staatsbeamte; 2) ein Nachtrags-Gesetz zum Staatspaushalt für 1873. Der letztere wird nicht erst einer ersten Beratung unterzogen werden, sondern sofort an die Budgetcommission verwiesen. Vom Abg. v. Schorlemer-Alst ist eine Interpellation angekündigt betreffend den Erlaß eines Gesetzes wegen Verbilligung des Schwarzweins.

Das Haus schreitet nunmehr zur Wahl der beiden Mitglieder der königlichen Special-Untersuchungs-Commission und zwar in getrennten Wahlgängen. Von 302 abgegebenen Stimmzetteln ist 1 unbeschrieben, mithin sind gültig 301 Stimmen, absolute Majorität 151. Von den 301 gültigen Stimmen erhält Abg. Laßler 196 (b. Wedell-Behlingsdorf 51, v. Wallinckrot 49, der Rest vertheilt sich). Auf die Anfrage des Präsidenten erklärt der Abg. Laßler: ich nehme die auf mich gefallene Wahl dankend an.

Bei der Wahl des zweiten Commissionsmitgliedes, in Betreff dessen eine Verständigung zwischen den Fractionen im Voraus nicht erreicht werden konnte, erhalten von 311 Stimmen der Abg. v. Köller 120, Birchow 80, v. Wallinckrot 60, v. Wedell-Behlingsdorf 49, Eisner von Gronow 2 St. Da von keinem der Gewählten die absolute Majorität (156) erreicht ist, so muß zur engeren Wahl geschritten werden, an der nach der Geschäftsordnung die fünf Candidaten Theil nehmen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in diesem Fall also sämmtliche bei dem ersten Wahlgang Gewählten. Das Resultat der engeren Wahl ist folgendes: Es sind abgegeben 301 Stimmzettel, darunter 2 ungültige, bleiben 299 gültige, absolute Majorität 150. Es erhalten v. Wallinckrot 105, v. Köller 104, Birchow 89, v. Wedell 1 Stimme. Es muß also noch einmal gewählt werden und zwar participiren an der nunmehr engeren Wahl nur v. Wallinckrot und v. Köller. Bei diesem letzten Wahlgange werden 298 Stimmzettel abgegeben, darunter 15 unbeschriebene oder ungültige, bleiben 283 gültige, absolute Majorität 142; davon erhalten v. Köller 175 und v. Wallinckrot 108 Stimmen. Abgeordneter v. Köller ist also gewählt. (Er ist zur Zeit für einige Tage beurlaubt, wird aber von der auf ihn gefallenen Wahl benachrichtigt werden.)

Das Haus setzt nunmehr die zweite Beratung des Staatspaushalts für 1873 fort: Etat des Staatsministeriums.

Referent Graf Rimbürg-Sturum: Mit Bezug auf den „Preussischen Staatsanzeiger“, jetzt „Deutscher Reichsanzeiger“, wurde im vorigen Jahre an die Regierung das Verlangen gerichtet, mit dem Etat zugleich eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für den „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ beizulegen. In diesem Etat ist die Regierung dem Verlangen nachgekommen. Die Commission meinte nun, daß die bisherige Staatsausstellung für den „Staatsanzeiger“, wonach nur der Zuschuß für denselben aus der Staatskasse im Etat sichtbar ist, keine correcte sei, sondern daß die Einnahmen und Ausgaben für den „Staatsanzeiger“ selbstständig im Etat figuriren müssen, wie es immer geschehe, wenn es sich um eine Staatsverwaltung und Staatsbetriebsanfall handelt. Dagegen machte die Regierung geltend, daß hierdurch die Rechte des Reiches gekränkt würden, das an den Kosten zu dem „Reichsanzeiger“ mit $\frac{1}{2}$ beteiligt wäre. Die Commission erachtet aber diesen Einwand nicht für durchschlagend und empfiehlt Ihnen, die Einnahmen und Ausgaben in der von ihr vorgezeichneten Fassung mit dem Titel „Für den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ zu bewilligen.

Der Antrag wird angenommen. Zu Titel I. der Ausgaben: Der Präsident des Staatsministeriums bemerkt der Referent: Wegen dieses Titels wurde der ganze Etat des Staatsministeriums neulich an die Budget-Commission zurückgewiesen. Von dieser ist die Frage, aus welchen Personen das Staatsministerium gegenwärtig bestehe, erörtert worden. Diese Frage hat eine große praktische Wichtigkeit, weil auf Grund verfassungsmäßiger Bestimmungen das Staatsministerium als Körperschaft häufig wichtige Functionen auszuüben berufen sei. Ich erinnere besonders an Art. 57 und 58 der Verfassung, das Gesetz vom 4. Juni 1851 über den Belagerungszustand und das Disciplinargesetz vom 21. Juni 1852. Die Regierung konnte in der Commission keine bestimmte Antwort ertheilen, und ich bin daher von der Commission beauftragt, hier die Frage an die Regierung zu wiederholen, aus welchen Personen das Staatsministerium jetzt bestehe.

Ministerpräsident Graf Noon: Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach. Es giebt acht Ressortchefs und einen Ministerpräsidenten, welche die vom Vordredn berechneten Functionen auszuüben haben. Mitglieder des Ministeriums sind also 9 Personen. Als ich vor 13 Jahren in das Ministerium eintrat, bestand dasselbe aus 10 Personen: aus einem Ministerprä-

sidenten, aus 8 Ressortchefs und einem Minister ohne Portefeuille. Wir haben lange nur aus 8 Mitgliedern bestanden; gegenwärtig, nachdem Se. Majestät die Ihnen bekannten Veränderungen am 1. Januar dieses Jahres hat eintreten lassen, besteht das Staatsministerium aus 9 Personen, die als Mitglieder desselben berufen sind die Functionen auszuüben, von denen der Berichtsteller sprach. Wenn außerdem noch zwei Personen existiren, welche den Titel „Staatsminister“ führen und auch das Recht haben, den Sitzungen des Staatsministeriums beizuwohnen, der Herr Chef der Admiralität und der Staatsminister des Inland, der Präsident des Reichsfinanzamts, so sind sie doch nicht Mitglieder des Staatsministeriums. Die Verordnung ist ja allgemein bekannt geworden, daß dem Herrn Reichskanzler gestattet ist, in gewissen Fällen durch den Präsidenten des Bundeskanzleramts, der als Staatsminister Sitz aber keine Stimme im Staatsministerium hat, sein Votum abgeben zu lassen, in den Fällen, wo ihm das notwendig erscheint und in denen er persönlich verhindert ist, den Beratungen des Staatsministeriums beizuwohnen. Das ist in der That meine ganze Wissenschaft über das Verhältniß, über welches hier Auskunft verlangt worden ist.

Die Position wird darauf bewilligt. Den Titel XV: 31,000 Thaler als Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke beantragt Abg. Löwe zu streichen. Die Position wird jedoch, wie Probe und Gegenprobe ergibt, bewilligt. (Dagegen die Fortschrittspartei, das Centrum und die Polen.)

Vom Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums referirt noch der an die Budgetcommission verwiesene Antrag v. Vanda's: die Staatsregierung wiederholt aufzufordern, die Pläne und Kostenberechnungen zum Neubau eines landwirthschaftlichen Lehrinstitutes und Museums in Berlin mit dem Antrage auf Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel dem Landtage nunmehr sobald wie möglich vorlegen zu wollen.

Die Commission erklärt durch ihren Referenten v. Wedell-Malchow ihren Auftrag für erledigt, in Erwägung, daß der Antragsteller mit Rücksicht auf die von der Staatsregierung gegebenen Erklärungen seinen Antrag in der Commission nicht aufrecht erhalten und ihn auch im Plenum zurückziehen in Aussicht gestellt hat.

Minister Graf v. Königsberg: Ich kann nur die Erklärungen, die ich in der Budgetcommission abgegeben habe, hier im Plenum bestätigen. Ich will nur hinzufügen, daß das Project, die Grundstücke der königlichen Gießerei für landwirthschaftliche Zwecke zu gewinnen, von mir verfolgt wird. Ich bin mit dem Staatsministerium in Verhandlungen getreten, die ich in nächster Zeit zum Abschluß zu bringen hoffe.

Der Abg. v. Vanda zieht hierauf seinen Antrag zurück. Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Aufhebung bzm. Ermäßigung gewisser Stempel-Abgaben. Zu § 1 liegen die Amendements der Abg. von Gerlach und Eberty vor, welche beide anstatt der Ermäßigung die Aufhebung der Stempel-Abgabe für Geburts-, Tauf-, Aufgebots-, Ehe-, Trau-, Todten- und Beerdisungs-Scheine fordern.

Abg. v. Eberty: Die Stempel-Abgaben besorgen uns von der Geburt bis zum Tode bei allen möglichen Gelegenheiten. Diese Abgaben sind viel lästiger als die der Stoll-Gebühren und eine Ermäßigung kann nichts helfen. Der Ausfall von 50,000 Thaler, welcher durch die Aufhebung entsteht, kann bei unserer jetzigen dürftigen Finanzlage gar nicht in Betracht kommen. Ich wünsche deshalb, daß die Aufhebung vom Hause beschlossen wird.

Abg. v. Gerlach: Ich freue mich, daß auch auf jener (linken) Seite eine Aufhebung der lästigen Steuern gewünscht wird. Sie ist besonders dringend für die Armen und macht die Pfarren beinahe zu Stempel-Controlloren. Das finanzielle Interesse scheint auch mir ziemlich unbedeutend.

Geb. Ober-Finanzrath Burghart: Ich bedauere, dem letzten Redner nichts erwidern zu können, weil ich von seinen Ausführungen nicht das Mindeste verstehen konnte. Dem anderen Antragsteller will ich folgendes erwidern: Es scheint mir bedenklich, aus dem großen System der Stempelsteuern einen einzelnen Zweig herauszugreifen und zum Gegenstand einer vorläufigen Erledigung zu machen. Sie schaffen dadurch ein gefährliches Präjudiz, dessen Tragweite nicht überschätzt werden kann, und auf welches die Regierung einzugehen Bedenken trägt.

Abg. Eberty: Die Regierung ist auf dem Wege nobilitätslicher Gesetzgebung und das ist sehr gut. Nur sind wir über die Grenzen derselben überschritten. In dem vorliegenden Falle muß eine Hülfe geschaffen werden. Es ist schmerzhaft, wenn man an der Gruf eines Dahingegangenen steht und noch eine Stempelmarke herbeischaffen soll. Eine Präjudiz läßt sich meiner Ansicht nach daraus nicht entnehmen.

Abg. Parisius: Die Dräkarmen trifft diese Stempelabgabe nicht, sondern die kleinen Leute, welche sich schämen ein Altes herzubringen und es vielleicht auch nicht erhalten würden; für diese ist die Abgabe sehr drückend. Das Präjudiz scheint mir ebenfalls nicht gefährlich. Eine Ermäßigung kann nichts helfen und wird auch nicht gewünscht; ich möchte Sie deshalb bitten, dem Amendement Eberty zuzustimmen.

Geb. Ober-Finanzrath Burghart: Ich will nur anführen, daß eine Ermäßigung von vielen Seiten gewünscht, hauptsächlich von den kleinen Leuten, wie sie der Redner nannte. Wenn es in den Motiven des Amendements v. Gerlach heißt, man muß den Pfarren zu, Stempelcontrolloren zu sein, so muß ich dem entschieden widersprechen. Man erwartet nur von ihnen so zu sagen die Generosität, daß sie für ihre Gemeinde Stempelmarten im Vorrath halten, um den Bedürfnissen unabhingige Mühe zu ersparen. So lange sie übrigens im Auftrage des Staates die Geburts-, Trau-, Tauf- und Sterbe-Register führen, sind sie keine Beeinträchtigung ihrer Würde darin, wenn sie diese Abgabe, die an den Staat zu entrichten ist, einziehen. Hiermit wird die Discussion geschlossen und das Amendement der Abg. Eberty und v. Gerlach mit großer Majorität angenommen.

Zu § 2: Aufgehoben werden die Stempelabgaben von: 1) Gesuchen, (Beschwerdeschriften, Bittschriften, Eingaben, Vorstellungen); 2) Bescheiden auf Gesuche, Anfragen in Privatangelegenheiten, sie mögen in Form eines Antwortschreibens, einer Verfügung, Decretsabschrift oder eines auf die zurückgehende Bittschrift selbst geschriebenen Decrets erlassen werden; 3) Protokollen mit Ausnahme der Auctions-, Notariats-, Recognitionen- und beizulegenden Protokolle, welche an die Stelle einer nach anderweiter Bestimmung der Stempelart stempelfähigen Verhandlung treten; 4) Requisitionen, 5) Dechargen; 6) Quittungen über alle Pensionen, Erziehungs-gelder und ortlaufende Unterhaltungen, welche an Beamte, Wittwen oder Waisen, in gleichen über Tagelöhner, welche an Beamte oder andere in dienstlichen Angelegenheiten beschäftigte Personen aus öffentlichen Kassen gezahlt werden; 7) Abschieden (Dienstentlassungen); 8) Urlaubsertheilungen; 9) Rundschaften, welche von Jägern und Gewerks-Corporationen den Gefellen und Gehülften ertheilt werden; 10) Lehrbriefen.

Insofern jedoch die unter 1 bis 4 bezeichneten Gegenstände: a) in der Provinz Hannover bei gerichtlichen Behörden in anderen als Justizverwaltungs-Sachen vorkommen, oder der Besteuerung nach den Bestimmungen des Stempel-Gesetzes vom 30. Januar 1859 unterliegen; b) im Bezirk des Appellations-Gerichts zu Köln bei gerichtlichen Behörden in anderen als Justizverwaltungs-Sachen vorkommen, bewendet es hinsichtlich der Besteuerung derselben bei den bisherigen Vorschriften, liegen folgende Amendements vor:

Vom Abg. Baehr (Rassel): „in § 2 Nr. 6 hinter dem Worte „Quittungen“ den weiteren Zusatz „über alle Pensionen“ u. s. w. b.3 zum Schluß zu streichen.“ Vom Abg. Bahlmann: „im § 2 zwischen Nr. 5 und 6 einzufügen: „5. a. Beglaubigungen nach § 33 der Grundbuch-Ordnung vom 5. Mai 1872.“ Von dem Abg. Köcher und Lauenstein: 1) im Eingange des Gesetzes die Worte: „und des Jagdgebietes“ zu streichen; 2) im § 2 (am Ende) die Ausnahmsbestimmung sub litt. a. so zu fassen: „a. in der Provinz Hannover bei gerichtlichen Behörden oder Beamten vorkommen und noch gegenwärtig der Besteuerung nach den Bestimmungen des Stempelgesetzes vom 30. Januar 1859 unterliegen.“

Abg. Lauenstein: Durch die in der Dictaturperiode erlassenen Verordnungen sind die Stempelabgaben von Wecheln, Urkunden, Zeitungen, Kalendern und C. h. h. -Stücken nach Maßgabe der altständischen Gesetzgebung geregelt; daneben blieben aber die Vorschriften des hannoverschen Stempelsteuergesetzes vom Jahre 1859 noch in erheblicher Ausdehnung in Kraft, namentlich in Bezug auf gerichtliche Verhandlungen, in welchen das Ver-

fahren durch die hannoversche Proceßordnung von 1850 geregelt war; dann in Bezug auf Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Die Befreiung dieser Acte vom Stempel war eine Auslegung für die höheren Gerichtskosten, jetzt will die Regierung die Befreiung nur für Justiz- und Verwaltungs-sachen, dagegen nicht für die Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit eintreten lassen. Es kommen hierbei in Betracht, Gesuche, Bescheide, Protokolle und Requisitionen. Dies würde ein Präjudication der Provinz Hannover sein. Es ist in den Motiven des Gesetzes von 1869 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß zwischen den Notarien und Gerichten böhlig freie Concurrenz bestehen solle. Danach ist auch die Gleichstellung der Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, mögen sie nun von Gerichten oder Notaren ausgehen, notwendig. Nach dem Vorschlage der Regierung jedoch würde hinsichtlich der Notare eine Ungleichheit eintreten, weil für ihre Acte und Verhandlungen Stempelsteuer gezahlt werden müßte. Diese Ungleichheit kann nach hannoverschen Rechte nicht zugelassen werden. Wir bitten Sie deshalb unser Amendement anzunehmen.

Abg. Bahlmann: Während nach der Entscheidung des Justizministeriums Beglaubigungen nach § 33 der Grundbuch-Ordnung, soweit sie ein stempelpflichtiges Object voraussetzen, auch stempelpflichtig sind, so herrscht doch thatsächlich eine abweichende Praxis, indem die Gerichte meines Wissens einen solchen Stempel nicht erheben. Indem ich nun die Annahme meines Amendements empfehle, beabsichtige ich erstlich die obige Concurrenz und zweitens die Unterchiede aus der Welt zu schaffen, welche sich in so fern ergeben, als die Notare in solchen Fällen Stempel erheben, die Grundbuchrichter aber nicht. Das führt dazu, daß die Grundbuchrichter mit dergleichen Geschäften vom Publikum überlaufen werden, während die Notare die Concurrenz nicht ertragen.

Abg. Baehr (Rassel) charakterisirt den bisher erhobenen Quittungsstempel als irrational und plaidirt daher für die Stempelfreiheit aller Quittungen, während der Regierungskommissar Burghart es als die Ansicht der Regierung hinstellt, daß sie eine Quittung, also die Bescheinigung einer Zahlung für weit geeigneter zur Besteuerung erachtet, als viele andere bisher stempelpflichtige Urkunden. Ueber das Amendement Bahlmann kann sich Redner zur Zeit nicht äußern, er bittet den Antragsteller, dasselbe zur Zeit zurückzuziehen, und vielleicht zum Inhalte eines besonderen Gesetzesvorschlages zu machen, bis zu dessen Einbringung die Regierung sich hinreichend informiert haben würde. Gegen das Amendement Lauenstein bemerkt der Herr Commissarius, daß durch die gegenwärtige Vorlage die Provinz Hannover nicht schlechter gestellt würde, als die übrigen Landestheile. Entweder existire die Ungleichheit bereits jetzt, so würde sie nach dem Gesetze auch fortbestehen, oder sie existire zur Zeit nicht, dann würde sie auch später nicht hervortreten; durch das Gesetz würde sie jedenfalls nicht geschaffen. Redner bittet daher um Ablehnung der 3 Amendements.

Gleichwohl werden die Amendements Bahlmann und Baehr angenommen, der Antrag Lauenstein dagegen verworfen und § 2 in der durch die Annahme der beiden Amendements, sowie durch den Antrag Eberty — so weit derselbe sich auf diesen § bezieht — genehmigt.

Dyne Discussion werden die §§ 3 und 4 angenommen, dagegen im Eingange des Gesetzes auf Antrag der Abg. Köcher und Lauenstein die Worte: „mit Ausschluß des Jagdgebietes“ gestrichen.

Hiermit ist die zweite Beratung des Gesetzes geschlossen, worauf sich das Haus um $\frac{1}{2}$ Uhr bis Donnerstag 11 Uhr verlag. (Tagesordnung: Vereidigung neuer Mitglieder, Interpellation von Schorlemer-Alst, Dotation der Provinzialverbände u. s. w.)

Berlin, 18. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den bisherigen Professor Dr. August Wilhelm Eichler am Kaiserlich-königlichen Johanneum in Prag, und den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Albert Ladenburg an der Universität in Heidelberg zu ordentlichen Professoren an der philosophischen Facultät der Universität in Kiel; sowie den Ober-Bauinspector Wilhelm Gottfried Bellmann in Berlin zum Regierungsrath und Baurath ernannt.

Der bei den königlichen Museen hieselbst als Architekt und Haus-Inspector angestellte Baumeister Rahn ist zum königlichen Landbaumeister ernannt worden. Dem königlichen Regierungsrath und Baurath Bellmann zu Berlin ist eine entsprechende etatsmäßige Stelle bei dem königlichen Polizei-Präsidium hieselbst verliehen worden.

Berlin, 18. Februar. [Freiwillig.] Ihre Majestät die Kaiserin-Königin war gestern im Augusta-Hospital anwesend und wohnte heute einer Vorstandssitzung des Frauen-Vereins bei. [Se. kaiserliche Hoheit der Großfürst Nicolaus Konstantinowitsch] von Rußland traf am Sonntag Abend von Nizza kommend hier ein, stieg im hiesigen russischen Palais ab, nahm daselbst den Thee und das Souper ein und setzte nach einem kurzen Aufenthalte, vom russischen Volschastler v. Dubril bis zum Bahnhof geleitet, mit seinen militärischen Begleitern die Rückreise nach St. Petersburg fort. (Reichsanz.)

[Director v. Orjalski.] Es war bisher der Wunsch, den Director der Criminal-Polizei v. Orjalski, welcher aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied erbeten hatte, im Amte zu erhalten. Da indessen die Hoffnung auf seine Wiederherstellung sich nicht erfüllt, so wird allerdings daran gedacht, ihm einen Nachfolger zu geben. Die Namen aber, welche in der Presse genannt werden, dürften den wirklichen Candidaten nicht bezeichnen.

Königsberg i. Pr., 18. Februar. [Kirchlich.] Eine von etwa dreihundert Personen besuchte, von dem Superintendenten Funk geleitete kirchliche Conferenz sprach sich gegen Dr. Sydow aus, indem sie sich streng auf den Standpunkt der Bekenntnisschriften stellte.

Dresden, 17. Febr. [Einesung der Königin.] — Vom Landtage. — Steuerwesen. — Plauerer Handelskammerbericht. — Volksschulgesetz. — Abwendung einer Feuergefahr im Hoftheater. Die Wiedergenesung der Königin ist in der katholischen Hofkirche durch Abführung eines Scedums gefeiert worden. Besonders wohlthuend wirkt auf die hohe Frau die Nähe ihrer einzigen noch lebenden Tochter, der Herzogin von Genua und dürfte diese deswegen auch ihre Rückreise nach Italien noch aufschieben. — Vor Schluß des Landtages soll in der zweiten Kammer noch die Petition des Leipziger städtischen Vereins, um Einführung des Einkammersystems, zur Verhandlung gelangen. Der Abg. Ludwig, welcher die Berichterstattung in der Angelegenheit übernommen, vertritt die Mehrheit des vorberatenden Kammerausschusses. Derselbe will die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zugewiesen wissen. Außer dieser Angelegenheit hat sich die Kammer besonders noch mit der Steuerreform zu befassen, wobei sie sich wahrscheinlich im Sinne der Regierung und der ersten Kammer mit der theilweisen Einführung einer Einkommensteuer begnügen wird. — Eine vortreffliche Abhandlung über das Steuerwesen im deutschen Reich und über die neue Brausteuer insbesondere enthält der neueste Bericht der Plauerer Handelskammer. Es heißt darin zum Schluß: Die Abschaffung dieser wie der übrigen indirecten Reichsteuern wird wohl noch auf lange Zeit hinaus ein frommer Wunsch bleiben; aber die Fortdauer der Zollstrafen und Uebergangsabgaben im Herzen des neu geeinten großen deutschen Reiches ist ein Vergniss, zu dessen endlicher Hinwegräumung das deutsche Staats- und Nationalbewußtsein sich endlich aufrufen sollte. Die durch und durch freimüthige Abfassung des erwähnten Handelskammer-Berichtes rührt von dem Handelskammer-Secretär A. Kibach, einem politisch Verfolgten aus der

Beuß'schen Reactionsperiode, ver. — Das orthodoxe Kirchenblatt „Der Pilger aus Sachsen“ warnt vor dem Einfluß der Liberalen, und unter den landwirtschaftlichen Vereinen des Königreiches ist eine Bittschrift um Veröfentlichung des Volksschulgesetzes in Umlauf.

Dresden, 18. Februar. [Das Geschwornen-Institut.] Im Anschluß an die vor Kurzem in der zweiten Kammer seitens des Abg. Biebermann gestellte Interpellation, hat der Abg. Schaffrath einen Antrag auf Beibehaltung des Geschwornen-Instituts in der neuen deutschen Strafprozeßordnung...

Stuttgart, 18. Februar. [Die Königin-Mutter.] Dem heute Morgen über das Befinden der Königin-Mutter ausgegebenen Bulletin zufolge ist am gestrigen Tage und während der vergangenen Nacht keine Besserung eingetreten; die nervösen Erscheinungen haben vielmehr unter Affection des Gehirns zugenommen.

Strasburg, 18. Februar. [Graf Beuß] hat hier übernachtet und ist mit dem Frühtag über Paris nach London weitergereist.

Metz, 16. Februar. [Der Diamanten-Diebstahl vor dem Zuchtpolizeigericht.] Zwei entflozene Verbrecher. — Das Strasburger Comité zur Erziehung eltsässischer Kinder in Frankreich.

Zur Steuererhebung in den Reichslanden. — Ihre Leser erinnern sich vielleicht noch des Diamanten-Diebstahls, der im October vergangenen Jahres in Metz von einem gewissen Lewin ausgeführt wurde.

Gestern Vormittag sind aus dem Borsaal des hiesigen Palais de Justice zwei bei einem Kircheneintruche in Gorze betheiligte Diebe, ehemalige Mitglieder der Pariser Commune, durch das Fenster entsprungen, während der sie beaufsichtigende Greffier sich für einen Augenblick entfernt hatte.

Deffereich

Wien, 18. Februar. [Parlamentarisches.] Nach Vorlegung des Gesetz-Entwurfes über die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes nahm im Herrenhause heute die Berathung über die Strafprozeß-Ordnung ihren Anfang.

Schweiz

Bern, 16. Februar. [Attentat.] So eben, schreibt man der „A. Z.“, war Bern der Schauplatz eines Nachspiels zur Neischajew-Affaire. Ein offenbar expro zu diesem Zwecke aus Zürich nach Bern gekommener Pole, ein Conditorenbild Namens Struzski-Witold...

weiner Kinder — wegen Verfolgung verlassen, welche er schon dort zu erleiden hatte.

Italien

Rom, 12. Febr. [Die Vorgänge in Spanien.] Die Nachrichten, welche der Telegraph gestern aus Spanien über Amadeus' Abdankung brachte, sind um so überraschender gewesen, als die letzten hieher gelangten Depeschen eher eine Festigung der dortigen Regierung annehmen ließen.

[Zur Copernikusfeier.] Das Comité für die Copernikusfeier in Thorn hatte Ende Januar durch eine lateinische Zuchtschule Rector und Senat der hiesigen Universität aufgefordert, bei der am 18. und 19. Februar dort Statt findenden vierten Säcularfeier...

[Die Artikel der „Capitale“ über das Leben Jesu] sind bereits in ein solches Stadium getreten, daß selbst die „Voce della Verità“ einen Hauptartikel des zuletzt erschienenen veröffentlichen kann.

Provincial-Beitung

C. Breslau, 18. Februar. [Schwurgericht.] Für die am gestrigen Tage eröffnete zweite Schwurgerichtsperiode für 1873 ist der Gerichtshof aus dem Vorsitzenden Herrn Kreisgerichtsdirector Rolle und den Beisitzern Herren Stadtgerichtsrathen Fuß, Gaede, Deßmann und Gerichts-Assessor Dr. Strahl zusammengekehrt.

Der Angeklagte, bei welchem das Brandstiften zu einer Art unerkennlicher Monomanie geworden zu sein scheint, war zunächst geständig, der Urheber eines in der Nacht vom 3. zum 4. November 1872 im Garten der Dauerswitzer Elisabeth Vater zu Pölnitz stattgehabten Brandes gewesen zu sein...

vorgewogenes Bünd Stroh gefallen sei, das Stroh in Brand gesetzt habe. Als er die Entstehung des Brandes bemerkt, habe er sich alle nur erdenkliche Mühe gegeben, um denselben zu ersticken, doch sei bei dem betrübenden und lebhaftem Zugwinde jegliche Anstrengung vergebens gewesen.

Die demnachst zur Verhandlung gelangenden beiden Anklagen betrafen Diebstähle, welche ein besonderes Interesse nicht darbieten.

—d.— Breslau, 14. Febr. [Verein schlesischer Gastwirthe in Breslau.] In der letzten Monatsversammlung wurde nach Entgegennahme des Kasensberichts u. A. beschossen, das Vereinsbureau einem schon bestehenden Vermietungs-Comptoir...

m. Sprottau, 17. Februar. [Verschiedenes.] Der geschäftsführende Ausschuss für die projectirte „Neufuß-Sprottau-Rohlfurrier Eisenbahn“ hat die bereits vom Handelsminister genehmigten Vorarbeiten der Eisenbahnbau-Gesellschaft Pleßner in Berlin übertragen...

J. P. Aus dem Riesengebirge, 14. Februar. [Ein neues Project.] Vor einigen Wochen theilte ich Ihnen mit, daß der Fabrikbesitzer Camphausen aus Zittau das im Zadenhale zu Ober-Petersdorf gelegene Gasthaus „zum Kochschall“ (ehemalige Bitriolwerk) nebst Ländereien gekauft habe.

Schiffsbahn, 17. Februar. [Schlittenbahn-Woche.] Hörner's Schlitten-Partien. Die „Schlittenbahn-Woche“ ist dahin und mit ihr die Bedingung, die sie herbeiführte — der Schnee.

Hörnerschiffenfahrt Erforderliche, Schlitten, Pferde und Fahrer, schnell und pünktlich besorgt.

Freiburg, 17. Februar. [Zur Tageschronik.] Der am 10. und 11. d. M. hier abgehaltene Krammarkt war von Käufern und Verkäufern so wenig besucht, wie noch nie. Der Viehmarkt dagegen bot einen äußerst lebhaften Verkehr dar.

Namslau, 17. Februar. [Aufgefundene Skelette.] Beim Graben des Grundes zu den Neubauten des Herrn Kaufmanns Fassin und Zimmermeister Rucke junior, unmittelbar am polnischen Thore und rechts an der nach Brieg und Kreuzburg führenden Chaussee, ist man in geringer Tiefe auf eine Menge Menschenknochen und andere menschliche Gebeine gestossen.

Myslowitz, 13. Februar. [Schule.] Spät aber doch! Heut erst haben unsere Herren Stadtvorordneten die den Lehrern nach der Verfügung der Königl. Regierung zustehende Gehaltsaufbesserung bewilligt.

Kattow, 17. Februar. [Zur Tageschronik.] Heute früh wurde das schöne Garten-Etablissement „Lidoli“ vollständig durch Feuer zerstört. Die Ursache des Brandes wird kaum ermittelt werden, da kein Mensch, die Lokalitäten, welche aus einer Theaterbühne, einem Saal und Restaurationszimmer bestanden, bewohnt hat.

Herrnstadt, 12. Februar. [Vorschuss-Verein.] Am 9. d. M. fand die ordentliche General-Versammlung des hiesigen Vorschuss-Vereins statt. Die Jahresrechnung pro 1872 weist folgende Zahlen nach: Die Zahl der Mitglieder betrug am Jahresabschluss 506.

Oppeln, 13. Februar. [Consumverein.] Vor ungefähr 9 Monaten hat sich hier ein Consumverein gebildet, welcher unter Adoption der Statuten des Breslauer Vereins, den Zweck verfolgt, seinen Mitgliedern gute Consumtibilien zu möglichst billigen Preisen und für die eingelegten Geschäftsanteile einen entsprechenden Zinsgenuss zu verschaffen.

und ihres Marken-Beuges eine Dividende von 5 pCt. gewährt worden ist, was um so höher anzuschlagen, als gerade in dem ersten Geschäftsjahre die Curatungskosten für den Vorschuss-Verein einen Teil des Reingewinnes absorbieren.

Nosenberg D.S., 17. Febr. [Der hiesige Vorschuss-Verein] eingetragene Genossenschaft, momentan 303 Mitglieder zählend, hielt gestern unter ziemlich starker Theilnahme, seine diesjährige ordentliche General-Versammlung ab.

(Notizen aus der Provinz.) * Muskau. Wie der „Anz.“ berichtet, ist die in Weiswasser neubebaute Glashütte der Herren Zmahr, Neubauer u. Comp. aus Görlitz am 10. d. M. in Betrieb gesetzt und das erste Tafelglas fabricirt worden.

Görlitz. Am 17. d. M. kam, wie die „Ndr. Z.“ berichtet, mit dem Wiener Schnellzuge Prinz Albrecht von Preußen l. Hoh., welcher bei der Beerdigung der verstorbenen Kaiserin Carolina Augusta in Wien das königliche Haus vertreten hat, hier an und setzte auf der Berlin-Görlitzer Eisenbahn die Reise nach Berlin fort.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen. Bromberg, 16. Februar. [Im hiesigen königlichen Seminar] ist durch einen Conflict der Zöglinge mit einem Theile des Lehrercollegiums der bebauernde Fall eingetreten, daß die Zöglinge der zweiten Klasse des Seminars erklärten, nicht mehr ferneren Unterricht nehmen zu können.

Kissa, 14. Februar. [Zur Tageschronik.] Der Sergeant Jansch, welcher den Tod durch Einathmen von Kohlendunst erlitten, wurde heute mit allen militärischen Ehren begraben. Wie wir vernahmen, ist inzwischen leider auch sein Stubegefährte gestorben; wahlrich, es ist Zeit, daß die Dienklappen beseitigt werden!

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau. Februar 18. 19. Nachm. 2 U. Abds. 10 U. Morg. 6 U.

Table with 5 columns: Date/Time, Barometer, Thermometer, Wind, and Weather. Rows include data for Feb 18-19 and Feb 19.

Berlin, 18. Febr. Im Verkehr machte sich auf den meisten Gebieten eine Abschwächung bemerkbar, die sich auch auf einen Theil der in der letzten Zeit favorisirten Montanwerthe erstreckte.

Paris, 18. Februar. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 56, 05. Anleihe de 1871, 88, 00. Anleihe de 1872, 99, 05. Italienische 5proc. Rente 65, 95. Tabacs-Actien 862, 50.

110% bez. u. G., Warsch. Disc. 99 1/2 G., Wien. Arbitr. 130 G. Industriedepot lebhaft und meist beliebt. Vereinigte Hess. Papier 103 1/2, Niederlauf. Maschinen 103 1/2, Westpreussische Eisenhütte lebhaft.

Berlin, 17. Febr. [Gewerbebank Schuster u. Co.] Gestern Abend fand eine Sitzung des Aufsichtsraths der Gewerbebank S. Schuster u. Co. statt, in welcher die Herren Schuster und Ober ihre Rechtfertigungsschrift in Sachen der Pommerschen Centralbahn zur Kenntnissnahme vorlegten.

Stettin, 18. Februar. [Stettiner Börsebericht.] Wetter: trübe. Temperatur + 4 N. Barometer 28 10 1/10. Wind: West. — Wetter etwas fester, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 50—63 Tblr. bez., besserer 64—75 Tblr. bez., feiner 76—82 Tblr. bez., pr. Febr. 81 Tblr. nom., pr. Frühjahr 82 1/2 Tblr. bez., pr. Mai-Juni 82 Tblr. bez., pr. Juni-Juli 81 1/2 Tblr. Br. u. Gld. pr. Juli-August 80 1/2, 81 1/2 Tblr. bez., 81 Tblr. Gld. pr. September-October 78 1/2 Tblr. Gld.

Wien, 18. Februar. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn] betragen in der Woche vom 8. bis 14. Februar 159,505 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehrerinnahme von 12,028 fl.

Wien, 17. Februar. [Schlachtviehmarkt.] Der spätere Zutrieb zu dem heutigen Markte in St. Marthe bewirkte einen etwas lebhafteren Geschäftverkehr und besserten sich die Preise für alle Qualitäten um 25 bis 50 kr. pr. Centner.

Das Gewicht der meisten Partien variirte der Schätzung nach zwischen 900 und 1100 Pfund, der Prima (circa 800 Stück) von 1150—1450 Pfund Schachtelgewicht pr. Paar.

Zufuhr zur Großmarkthalle vom 9. bis 15. Februar 198,424 Pfund Fleisch, darunter 145,415 Pfund Rindfleisch (Preis pr. Centner hinteres 24 bis 34 fl., vorderes 16—25 fl. pr. Centner) hinteres 30—34 tr., vorderes 24—28 tr.

Berlin, 18. Februar. Weizen: Termine sehr fest und besonders per April-Mai wesentlich gestiegen. Getreide — Ctr. Rindungspreis — Tblr. loco 72—89 Tblr. nach Qualität bez. weissester voin. — Tblr. bez., pr. Februar 83 1/2 Tblr. bez., pr. Februar-März 83 1/2 Tblr. bez., März-April — Tblr. bez., April-Mai 83 1/2—84 Tblr. bez., Mai-Juni 82—1/2 Tblr. bez., Juni-Juli 81 1/2—1/2 Tblr. bez., Juli-August — Tblr. bez., September-October — Tblr. bez. — Roggen loco wurde zum Verkauf gekauft und dieses scheint auf Termine nicht ohne Einfluß geblieben zu sein, denn dieselben wurden bei reger Dedungssteigerung zu offerirten Preisen umgesetzt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 18. Februar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 56, 05. Anleihe de 1871, 88, 00. Anleihe de 1872, 99, 05. Italienische 5proc. Rente 65, 95. Tabacs-Actien 862, 50.

Berliner Börse vom 18. Februar 1873.

Fest, aber still. Braunau-Strahwaldener Stamm-Actien 175%, bto. Prioritäten 79%.

Frankfurt a. M., 18. Februar, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95%. Creditactien 363%. 1860er Loose 97%. Staatsbahn - Franzosen 353%. Calijer 245. Lombarden 204%. Silberrente 67%.

Wien, 18. Februar, Nachm. [Schluss-Course.] Preuss. Zehner - Hamburger Staats-Prämien-Anl. 100%. Silberrente 68. Decker Credit-Act. 311%. Decker. 1860er Loose 97. Nordwestb. 500. Franzosen 756%.

Wien, 18. Februar, Nachm. [Schluss-Course.] Preuss. Zehner - Hamburger Staats-Prämien-Anl. 100%. Silberrente 68. Decker Credit-Act. 311%.

Wien, 18. Februar, Nachm. [Schluss-Course.] Preuss. Zehner - Hamburger Staats-Prämien-Anl. 100%. Silberrente 68. Decker Credit-Act. 311%.

Wien, 18. Februar, Nachm. [Schluss-Course.] Preuss. Zehner - Hamburger Staats-Prämien-Anl. 100%. Silberrente 68. Decker Credit-Act. 311%.

Wien, 18. Februar, Nachm. [Schluss-Course.] Preuss. Zehner - Hamburger Staats-Prämien-Anl. 100%. Silberrente 68. Decker Credit-Act. 311%.

Wien, 18. Februar, Nachm. [Schluss-Course.] Preuss. Zehner - Hamburger Staats-Prämien-Anl. 100%. Silberrente 68. Decker Credit-Act. 311%.

Wien, 18. Februar, Nachm. [Schluss-Course.] Preuss. Zehner - Hamburger Staats-Prämien-Anl. 100%. Silberrente 68. Decker Credit-Act. 311%.

Wien, 18. Februar, Nachm. [Schluss-Course.] Preuss. Zehner - Hamburger Staats-Prämien-Anl. 100%. Silberrente 68. Decker Credit-Act. 311%.

Wien, 18. Februar, Nachm. [Schluss-Course.] Preuss. Zehner - Hamburger Staats-Prämien-Anl. 100%. Silberrente 68. Decker Credit-Act. 311%.

Wien, 18. Februar, Nachm. [Schluss-Course.] Preuss. Zehner - Hamburger Staats-Prämien-Anl. 100%. Silberrente 68. Decker Credit-Act. 311%.

Table with columns: Wechsel-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists various exchange rates and stock prices for different locations and railway companies.

Table with columns: Fonds und Geld-Course, Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists interest rates and stock prices for various funds and railway bonds.

Table with columns: Ausländische Fonds, Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists foreign fund prices and railway bond prices.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists railway bond prices for various companies.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists railway bond prices for various companies.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists railway bond prices for various companies.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists railway bond prices for various companies.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists railway bond prices for various companies.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists railway bond prices for various companies.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists railway bond prices for various companies.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists railway bond prices for various companies.

Table with columns: Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Lists railway bond prices for various companies.

Versailles, 18. Februar. Der Bericht des Herzogs von Broglie ist gestern dem Präsidenten der Republik mitgeteilt worden. Die Dreißiger-Commission wird über denselben weiter beschließen, sobald die Bemerkungen des Präsidenten zu demselben, welche baldigst erwartet werden, ihr kund geworden sind.

Versailles, 18. Februar. Abends. Dreißiger-Commission. Tallon entwickelt sein Amendement, wonach die National-Versammlung vor ihrer Auflösung über die Organisation der Exekutivgewalt verfügen soll. Die Commission beantragte die Einleitung einer Untersuchung wegen des jüngsten beleidigenden Briefes gegen Thiers, dessen Urheberhaft Mitgliedern der Commission zugeschrieben wird.

Paris, 18. Februar. Ein heute hier erlassenes Sendschreiben des Papstes an die Bischöfe und das Volk von Armenten weist die gegen den heiligen Stuhl erhobenen Beschuldigungen der Annahme ihm nicht zustehender Rechte zurück, fordert die armenischen Katholiken zum äußersten Kampfe für ihre Religion auf und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Dissidenten in den Schooß der Kirche zurückkehren werden.

Madrid, 18. Februar. Der Minister des Auswärtigen, Castelar, hat gestern dem französischen Gesandten einen längeren Besuch abgestattet: das Ergebnis der dabei gefolgten Unterredung wird in Regierungskreisen als ein sehr befriedigendes bezeichnet. Hier in Madrid sowohl wie in den Provinzen herrscht fortwährende Ruhe; die bei unruhigen Bewegungen sonst gewöhnlich bemerkbare Abreise von Familien und einzelnen Personen nach dem Auslande ist nicht wahrzunehmen.

London, 17. Febr. Der Earl von Carnarvon brachte im Oberhause die mißliche Lage zur Sprache, in der sich, nach einer Eingabe des Vicars von Rapton, eine Anzahl Auswandererfamilien in Canada und Brasilien befänden. Lord Granville erwiderte, die Eingabe sei der englischen Gesandtschaft in Rio zugestellt worden, um Erhebungen vorzunehmen, und wenn die Sache sich in der angegebenen Weise verhalte, die Regierung von Brasilien zur Abhilfe der Uebelstände zu veranlassen.

London, 18. Febr. Nach dem gestern Abend von den Aerzten Jenner, Gull und Weber abgegebenen Bulletin leidet der deutsche Botschafter, Graf Bernstorff, an einem durch ein Ueberleiden herbeigeführten Hydrogaster. Die Kräfte des Kranken sind trotz andauernder Schlaflosigkeit zwar noch ziemlich ungeschwächt; nach dem Charakter der Krankheit ist indes eine rasche Besserung des Zustandes nicht zu erwarten.

London, 18. Febr. Die Eigentümer des Dampfers „Murillo“ werden, dem Vernehmen nach, eine Diffamationsklage gegen den Agenten von Lloyd's in Cadix erheben und eine Entschädigung von 50,000 Frs. verlangen. — Nach einer der „Times“ aus Japan zugegangenen Nachricht ist die Errichtung des japanischen Parlaments jetzt definitiv beschlossen; in die erste Kammer werden nur Personen vom höchsten Range eintreten. Eine Zuschrift des hiesigen peruanischen Geschäftsträgers an die Journale bezeugt die Nachricht von der Ermordung des Präsidenten Pardo als völlig unbegründet, die Ruhe in Lima sei durchaus ungestört.

Christiana, 17. Februar, Abends. Nach langen Debatten hat das Storting mit 66 gegen 42 Stimmen folgende von Molsfeldt mit Zustimmung Sanbrup's formulierte Tagesordnung angenommen: Das Storting, welches trotz der Erklärung des Staatsraths die politische Lage, durch welche die vorjährige Mißtrauensadresse hervorgerufen worden ist, im Wesentlichen unverändert findet, geht zur Tagesordnung über.

Bukarest, 18. Februar. Die Deputirtenkammer hat das Ergänzungsbudget für das Kriegsministerium genehmigt und dabei auch die Mittel für Herstellung einer auf der Donau zu stationirenden Kriegsschaluppe bewilligt, durch welche dem Schmuggelhandel, durch den auch das Tabakmonopol gefährdet wird, gekeuert werden soll.

Philadelphia, 17. Februar. Die zur Untersuchung der Vorgänge bei der Wahl Caldwell's zum Senator für Kansas niedergesetzte Commission hat heute ihren Bericht erstattet und die Nichtigkeitserklärung der Wahl wegen Bestechung beantragt.

* [Die Nr. 7 der „Gegenwart“ von Paul Lindau, Verlag von Georg Stille in Berlin, enthält: Feldmarschall, Geheimrath und Volksvertreter. Von Ernst Frölich. — Die „Gebildeten“ und die Kirche. Von M. L. — Wunderlust und Wallfahrtszwang im neuen Frankreich. Von Carl Sterne. — Literatur und Kunst: Alexander von Humboldt. Von Dr. Dühring. — Römische Volksdichtung. Von Gustav Floerke. — Aus der Hauptstadt; Das Wagner-Concert. Von F. Ehrlich. — Berliner Humor und Berliner Nebenarten. Von M. v. Szeliski. — Offene Briefe und Antworten, Herrn Bone, Gymnasialdirector, Kritiker und dergl. Von P. L. — Offener Brief, betreffend Schlachtenbilder. Von P.

Statt besonderer Meldung. Heute Mittag 12 1/2 Uhr entlich nach langen Leiden an Lungenlähmung unsere heissgeliebte, unvergessliche Gattin und Mutter, Tochter und Schwester, Frau Kreisrichter Lindner, Johanna geb. Spohmann. Dies zeigen wir schmerzhaft und tiefgebeugt hierdurch an. Reichenbach i. Schl. und Bollenstein, den 18. Februar 1873. [842] Die Hinterbliebenen.

Auf unserem Kalkbrennerei-Etablissement zu Keltich, Station der Rechten-Der-User-Bahn, haben wir alle Tage frischen Stück-Kalk abzugeben und übernimmt Bestellungen unser Bevollmächtigter Herr M. Odolga zu Zawadzki. [824]

Oppeln-Larnowitzer Kalk-Gesellschaft. Durch einen Gelegenheitskauf habe ich eine bedeutende Partie Cigarren billig erworben, und um dieselben wieder schnell in's Geld zu setzen, verkaufe ich Havanna-Cigarren à Mille 13, 15, 16, 18, 20 und 25 Zhr., welche durchschnittlich 30 pCt. mehr Werth sind. Alte Handarbeit-Cigarren werden wegen ihres schlechten Aussehens zum 1/2-Kostenpreise à Mille 8, 10, 12 und 13 Zhr. abgegeben. [2638]

A. Gonschior, Weidenstr. 22. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. W. Friedrich in Breslau.

Telegraphische Depeschen. (Aus Wolff's Telegr.-Bureau.) Wien, 18. Februar. Finanzausschuss. Nachdem der Unterrichtsminister erklärt hatte, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Finanzspruchnahme des Reichsraths durch Vorlagen von eminent politischer Bedeutung beschloffen habe, Gesetzentwürfe, betreffend das Verhältnis zwischen der Staatsgewalt und der katholischen Kirche gegenwärtig nicht vorzulegen, nahm der Finanzausschuss eine Resolution an, wonach die Regierung aufgefordert wird, diese Vorlagen ehestens einzubringen. Die Summe von 1/2 Million Fl. als Unterstützungsbetrag für katholische Geistliche wurde genehmigt, nachdem der Referent darauf verwies, daß der Cultusminister die vorjährige Unterstützung nur wirklichen, insbesondere den Schulgelehrten nicht seldlich entgegenstehenden Priestern verliehen habe, so daß von 4975 Bittstellern nur 3795 theilt wurden.